

Bausteine für die Kommunalwahl 2019 im Saarland

– Frauenpolitische Inhalte und Ziele –

Unsere Forderungen auf einen Blick

- die besondere Berücksichtigung von Alleinerziehenden im Bereich kommunaler Arbeitsplatzverantwortung und die Bereitstellung von Sozialtickets, um eine bessere soziale Teilhabe zu ermöglichen und Altersarmut vorzubeugen
- einen bedarfsgerechten Ausbau der Randzeiten in Kitas und Grundschulen sowie die öffentliche Förderung alternativer Betreuungsmöglichkeiten wie Tagespflegeplätze oder betriebliche Kindertagesstätten
- gender-gerechte Berufsberatung in Schulen, die individuelle Fähigkeiten berücksichtigt, anstatt stereotype Geschlechterrollen zu bedienen
- (mehrsprachige) Bildungs- und Beratungsangebote für Schüler*innen mit nicht-deutscher Familiensprache und deren Familien sowie Zugang zu Sprachkursen mit familiengerechten Zeiten, um beiden Elternteilen eine Teilnahme zu ermöglichen.
- einen höheren Anteil ausländischer Arbeitnehmerinnen an Arbeitsplätzen in den saarländischen Kommunalverwaltungen
- kontinuierliche Beratungs- und Weiterbildungsangebote für Frauen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung mit dem Ziel einer dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- finanzielle Förderung aller Einrichtungen mit Angeboten für von Gewalt betroffene Frauen sowie Information über die bereits bestehenden Anlaufstellen in den Städten und Kommunen vor Ort
- Ausbau verschiedener unabhängiger Beratungsstellen für schwangere Frauen sowie Einrichtung eines Hilfsfonds der Kommunen und/oder Landkreise zur unbürokratischen Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder der Pille danach
- geschlechtergerechte Mittelveranschlagung bei der Erstellung kommunaler Haushaltspläne
- Maßnahmen, die den Frauenanteil in der kommunalen Politik erhöhen können, z.B. familienfreundliche Sitzungszeiten, Kinderbetreuungsangebote und Shadowing-Projekte

Es ist noch viel zu tun: Frauenpolitik ist GRÜN

Geschlechtergerechtigkeit: Mädchen und Frauen, und zwar allen, unabhängig von ihrer Herkunft, steht die Hälfte des Kuchens zu; Frauen gehört die Hälfte der Welt, denn Frauen sind die Hälfte der Welt. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein.

100 Jahre Frauenwahlrecht: Marie Juchacz sagte schon vor 100 Jahren im deutschen Reichstag: „Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Am 12. November 1918 wurde Frauen ab 20 Jahren das aktive und passive Wahlrecht in Deutschland zugestanden.

Auch heute noch gibt es viel zu tun. Wir als Grüne setzen uns deswegen für die Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft ein. Besonders auf Ebene der Kommunalpolitik sind Frauen stark unterrepräsentiert. Deswegen wollen wir uns nicht nur politisch für die Belange von Frauen in den saarländischen Kommunen einsetzen, sondern auch Frauen darin bestärken, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden.

1 Armut darf nicht mehr weiblich sein – Arbeit und Soziales

Knapp 90 % der Alleinerziehenden sind Frauen und gleichzeitig beziehen etwa 40 % der Alleinerziehenden Hartz IV: Die Kommunen stehen in besonderer Verantwortung, Alleinerziehenden existenzsichernde Arbeitsplätze mit familiengerechten Arbeitszeitmodellen und mit flankierender Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, auch mit Blick auf deren Altersabsicherung. Wir fordern eine besondere Berücksichtigung von Alleinerziehenden im Bereich kommunaler Arbeitsplatzverantwortung und die Bereitstellung von Sozialtickets, um eine bessere soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Altersarmut ist weiblich. Frauen erhalten nur die Hälfte des durchschnittlichen Renteneinkommens der Männer. Die saarländischen Frauen erhalten derzeit im bundesweiten Ranking die niedrigsten Renten, die saarländischen Männer haben die dritthöchsten Renten bundesweit. Das muss sich für die Frauen ändern! Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege muss in den besonderen Fokus der Kommunen rücken. So sollten zum Beispiel die Randzeiten in Kitas und Grundschulen bedarfsgerecht ausgebaut sowie alternative Betreuungsmöglichkeiten wie Tagespflegeplätze oder betriebliche Kindertagesstätten öffentlich gefördert werden.

In Deutschland sind Frauen und Männer formal gleichgestellt, eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts ist in der BRD bereits im Grundgesetz ausgeschlossen. In der Alltagsrealität jedoch sehen sich Mädchen und Frauen heute nach wie vor strukturellen Problemen gegenüber, sei es bei ihrer Berufswahl, bei der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege, bei ihrer Existenzsicherung. Wir fordern deshalb schon von Anfang an eine

gender-gerechte Berufsberatung in Schulen. So soll zum Beispiel von Kommunen aktiv gefördert werden, dass Jugendliche sowohl mit Frauen in klassischen Männerberufen als auch mit Männern in klassischen Frauenberufen zusammenkommen, um sich austauschen zu können. Wie ist es aber heute um die Lohngerechtigkeit bestellt? In Deutschland liegt die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern bei 21 Prozent. Hier haben Kommunen eine Transparenz über Löhne und Gehälter zu schaffen.

Frauen übernehmen nach wie vor den größten Anteil der unbezahlten Erziehungs-, Betreuungs- und Versorgungsarbeiten innerhalb der Familien. Dabei sind sie besonders auch innerhalb ihrer jeweiligen Kommune zu unterstützen und zu entlasten. Kommunen sollen diese Familienarbeiten deutlicher in den Blick nehmen und Angebote und Konzepte zur Entlastung entwickeln.

2 Gleiche Chancen von Anfang an: Bildung und Integration

Kommunen sollen Mädchen und Frauen geschlechtsspezifische Bildungs- und Berufsorientierungsangebote machen:

Der digitale Strukturwandel bietet Mädchen und Frauen beste Chancen auf existenzsichernde Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten. Kommunen als Schulträger haben die Schulen technisch angemessen auszustatten, mit dem Ziel einer Mädchenspezifischen Förderung der MINT-Fächer.

Außerdem müssen wir Schüler*innen mit nicht-deutscher Familiensprache bilden und stärken und gerade ihren Müttern Sprachkurse zu familiengerechten Zeiten ermöglichen. Deswegen fordern wir:

- Mehrsprachige Elternberatung auf kommunaler Ebene für eine Schullaufbahnberatung der Kinder (Kita, Grundschule, weiterführende Schule),
- Maßnahmen der Schulmitbestimmung (Eltern, Schüler*innen) mehrsprachig anzubieten, als Einstieg schriftlich über Schulmitbestimmung zu informieren.
- Sprachkurse für Eltern mit nicht-deutscher Familiensprache zu familiengerechten Zeiten.

Zudem müssen wir Ausbildungskapazitäten und die Anzahl der Arbeitsverhältnisse für ausländische Frauen für die gesellschaftliche Integration erhöhen, um Teilhabe zu verbessern. Hier fordern wir:

- Den Anteil ausländischer Arbeitnehmerinnen an Arbeitsplätzen in den saarländischen Kommunalverwaltungen zu erhöhen

- Eine kontinuierliche Beratung für Frauen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung mit dem Ziel einer dauerhaften Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Qualifizierende Weiterbildungen anbieten, um die bestehenden Qualifikationen auszubauen und zu nutzen.

3 Frauen und Familien helfen – Selbstbestimmung und Sicherheit

Für Frauen ist ihr eigenes Zuhause leider ein gefährlicher Ort. Jeden dritten Tag wird eine Frau Opfer ihres Partners oder Ex-Partners. Anlaufstellen wie Frauenhäuser sind meist unterfinanziert und überlastet. Dabei sollte es selbstverständlich sein, als Opfer von sexueller und häuslicher Gewalt Hilfe zu finden.

Die Gesundheit und Selbstbestimmung von Frauen sind zu oft eine Frage des Geldbeutels. Beratungsstellen wie ProFamilia bieten nicht nur kostenlose Verhütung, sondern beraten zu allen gesundheitlichen und frauenspezifischen Fragen. Diese Angebote werden von Frauen mit geringem Einkommen genutzt. Deswegen fordern wir

- Mehr finanzielle Förderung aller Einrichtungen mit Angeboten für von Gewalt betroffene Frauen
- Mehr Information über die bereits bestehenden Anlaufstellen in den Gemeinden vor Ort
- Förderung von Organisationen wie ProFamilia, die einen Beitrag zur Aufklärung und Unterstützung von Frauen und Familien leisten
- Ausbau verschiedener unabhängiger Beratungsstellen für schwangere Frauen
- Einrichtung eines Hilfsfonds der Kommunen und/oder Landkreise zur unbürokratischen Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen oder der Pille danach

Gleichzeitig sind auch Männer immer häufiger Opfer häuslicher Gewalt – für sie gibt es jedoch kein Hilfsangebot. Hier muss das Saarland ein Angebot schaffen und auch Männern entsprechende Hilfsangebote zur Verfügung stellen.

4 Mehr Frauen in die Politik!

Wir fordern die Frauenquote im öffentlichen Dienst: Mehr Frauen in kommunale Führungspositionen, bis die Parität erreicht ist. Wir fordern Gender Mainstreaming: alle kommunalen Maßnahmen sollen auf ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft werden. Gleichzeitig

sollten bei der Erstellung kommunaler Haushaltspläne auf eine geschlechtergerechte Mittelveranschlagung geachtet werden.

Mehr Frauen in die Politik: Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und politischem Mandat ist für Frauen derzeit meist nur im zeitlichen Nacheinander möglich. Frauen sind in den Kommunalparlamenten unterrepräsentiert. Die aktuellen Strukturen und die Kultur des Politikbetriebs verhindern eine engagierte und aktive Beteiligung von vielen, vor allem von jungen Frauen. Dies tut der Demokratie und der Diskussions- und Arbeitskultur in den Kommunalräten nicht gut. Dem muss entgegen-gesteuert werden. Wir fordern

- eine Kinderbetreuung während der Sitzungen,
- kinder- und familienfreundlichere und entsprechend zeitlich kürzere und gestraffte Sitzungstermine,
- die Übernahme von Kosten für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienangehörigen während Abendsitzungen.
- Maßnahmen, die gezielt Frauen ansprechen und für Politik begeistern sollen, wie z.B. Shadowing-Projekte

Die Terminplanungen, Redezeiten und die Präsenzkultur im Politikbetrieb müssen auf den Prüfstand.

5 Geschlechtergleichstellung im Alltag

Im öffentlichen Raum wird die Betreuung von Kindern meist nur Frauen zugeordnet, weshalb die hierfür nötige Infrastruktur häufig auch nur für Frauen zugänglich ist, z.B. Wickeltische in Damentoiletten. Kommunen müssen sicherstellen, dass entsprechende Strukturen allen Betreuungspersonen offenstehen.

Weiter ist es seit diesem Jahr möglich in Deutschland ganz offiziell ein neutrales Geschlecht zu haben. Auch hier fehlt im öffentlichen Raum grundlegende Infrastruktur, etwa geschlechtsneutrale Toiletten.